

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

№ 253.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 R. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 29. Oktober.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gefaltete Zeile ober deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Nachbestellungen

auf den „Freiberger Anzeiger und Tageblatt“ für die Monate

November und Dezember

werden von sämtlichen Postanstalten wie von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen in Freiberg, Brand, Langenan, Halsbrüde, Langhennersdorf und Weiskorn zum Preise von 1 Mark 50 Pf. angenommen.

Exped. des „Freib. Anzeiger u. Tageblatt“.

Die Woche.

Es bleibt beim Alten! Wir haben in der vergangenen Woche im leitenden Staate des deutschen Reiches — im Königreiche Preußen — die Wahlen zum Abgeordnetenhaus sich vollziehen sehen, von denen man hoffte, sie würden irgendwie durch neue Parteigruppierungen einen Ausweg aus der jetzigen Misere unserer inneren politischen Zerrissenheit zeigen. Das ist nicht geschehen, im Gegenteil bleibt alles beim Alten. Im Großen und Ganzen sind die Parteiverhältnisse nicht so wesentlich geändert, daß man man für die bevorstehende Session mit gannehmerinderten Faktoren zu rechnen hätte, aber man hadet may zweimal in demselben Flusse. Sogar dieselben Männer, welche schon in dem letzten Landtage saßen, werden wiedergewählt nicht dieselben sein, und jede Partei wird schon deshalb in sich verändert sein, weil wir Alle ein reiches, lehrreiches Jahr durchlebt haben. Das Verhältnis der Parteien zu einander und im Vergleich mit dem letzten Landtage stellt sich folgendermaßen heraus:

Konservative	129	(116)
Freikonservative	55	(49)
Zentrum und Welfen	100	(100)
Nationalliberale	70	(89)
Sezession	20	(18)
Fortschritt	39	(40)
Polen und Dänen	20	(21)
	433	(433)

Aus dieser Zusammensetzung geht unzweifelhaft hervor, daß die Repräsentation des Hauses die bisherige bleiben wird, wonach die Präsidentenstelle wieder durch die Konservativen, die erste Vizepräsidentenstelle durch das Zentrum und der Posten des zweiten Vizepräsidenten durch die Freikonservativen besetzt werden wird. Was aber die extremen Parteien, die Rechts-Konservativen und die Fortschrittmänner, erhofften, ist nicht eingetreten; die Mittelpartei verschwand durch diese Wahlen nicht von der Bildfläche, sondern steht trotz aller Ungunst der Lage noch aufrecht da. Daraus mögen ihre Gegner endlich die Lehre ziehen, daß die gemäßigt liberale Richtung in Deutschland eben nicht tot zu machen ist. Den Konservativen scheint aber der Kamm schon sehr zu schwellen, denn ihre Organe streiten sich bereits um die Erbschaft der Bismarck'schen Kanzlerstellung, obwohl bekannt ist, daß der Fürst erst unlängst zu Volgar Bucher gesagt: „Es ist unser gemeinsames Schicksal, im Dienste zur Ruine zu werden.“ Dazu aber ist, da sich der Kanzler sehr wohl befinden soll, vorläufig und hoffentlich noch lange keine Aussicht. Die „Halle'sche Zeitung“ z. B. welche den Reichskanzler wegen seiner auswärtigen Politik schulmeister und erklärt, daß eine Interessenswirtschaft zwischen Italien und Deutschland unmöglich sei, wird sich also noch einige Zeit in Geduld lassen müssen. Charakteristisch ist übrigens, daß die Liberalen niemals die Kreise des Kanzlers in der auswärtigen Politik gestört haben, während die Konservativen jetzt schon selbständige auswärtige Politik treiben wollen. Uebrigens scheint die „Halle'sche Zeitung“ ganz und gar zu vergessen, daß die äußere Politik in den Reichstag gehört, wobei man auf den Fürsten Bismarck und nicht auf die Vorschläge der biedereren „Halle'schen“ hört.

In vergangener Woche ging die Session der österreichischen Landtage zu Ende und es folgte ihr auf dem Fuße die neue Session der Delegationen. Dieselbe wurde am vergangenen Mittwoch in Pest eröffnet. Es ist den Delegationen zunächst das gemeinsame Budget pro 1883 vorgelegt worden, welches eine Gesamtausgabe von

117 910 768 Gulden aufweist, wovon nach Abzug der Bedeckung und verschiedener Ueberschüsse ein Gesamterforderniß von 99 991 763 Gulden verbleibt. Eine stehende Position in dem gemeinsamen Budget Oesterreich-Ungarns bilden die Ausgaben für die in den okkupirten Provinzen stehenden Truppen und auch jetzt beträgt die außerordentliche Erforderniß für das Okkupationsheer über den Friedensetat wieder 8 988 000 Gulden. Da die okkupirten Provinzen nicht im Entferntesten im Stande sind, diese Summe selbst aufzubringen, so wird die erwähnte Position wohl noch längere Zeit als unangenehme, aber unvermeidliche Zugabe im gemeinsamen Budget des österreichischen Staates figuriren. — Die Ansprachen der beiden Delegations-Präsidenten an den Kaiser sowie namentlich die Antwort des Monarchen konstatiren die guten Beziehungen, welche Oesterreich gegenwärtig mit allen europäischen Staaten unterhält.

Die Nachrichten über eine italienische Ministerkrise treten immer bestimmter auf. Man meldet jedoch, daß nicht der Justizminister Zanardelli allein, sondern auch der Leiter des Auswärtigen, Herr Mancini, und sein Kollege vom Departement der Bauten den Boden unter ihren Füßen verloren haben und durch Tajani, Minghetti und Coppino ersetzt werden würden. Herr Zanardelli will sich Oesterreich gegenüber bezüglich der venetianischen Irredentisten absolut zu keiner Konzession verstehen, und Herr Mancini theilt seine Ansicht, während inzwischen von Wien aus, wenn auch noch nicht offiziell, so doch jedenfalls vertraulich, wegen der Auslieferung der beiden bei dem Bombenkomplott betheiligten Venezianer angefragt worden ist. Inzwischen haben in Rom und Turin neue irredentistische Verhaftungen stattgefunden.

In Frankreich bildeten die umfangreichen Verhaftungen der Persönlichkeiten, welche als die Urheber der Unruhen in Montcau-les-Mines bezeichnet werden, das Ereigniß der Woche. Bei mehreren Verhafteten sind äußerst kompromittirende Papiere gefunden worden, welche die französische Regierung in den Besitz aller Fäden einer großen revolutionären Organisation gesetzt haben sollen, die, wie es heißt, durch Bezirksverbände über ganz Frankreich verbreitet ist und deren leitendes Komitee in Genf seinen Sitz hat. Jedenfalls ist, wie es scheint, die in Montcau-les-Mines vorzeitig zum Ausbruche gelangte anarchistische Bewegung ernster, als man in den Pariser Regierungskreisen sich anfänglich träumen ließ und die Regierung des Herrn Greby wird hoffentlich nichts veräumen, um dem Umsichgreifen dieser sozialistischen Revolution ein miniatur energisch entgegen zu treten. Ob die Bomben-affaire im Theater Bellecourt mit den sozialistischen Antrieben in Verbindung steht, wird wohl die über diese ganzen Vorgänge eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergeben. Ein Resultat ist indessen hiervon noch nicht so bald zu erwarten, da der richterliche Spruch in dieser Angelegenheit wegen der den Geschworenen zugegangenen Drohungen erst in der nächsten Geschworenen-Session und auch von einem anderen Schwurgericht gefällt werden wird. Man macht der Regierung deswegen den Vorwurf, daß sie gewissermaßen Furcht vor den Auführern zeige. Richtiger dürfte jedoch die Annahme sein, daß man in Paris an maßgebender Stelle meint, mehr Zeit noch für umfassendere Untersuchungen nöthig zu haben.

Die von der englischen Regierung bei Eröffnung des Parlaments am vergangenen Dienstag vorgelegte Depeschensammlung über die ägyptische Frage brachte wenig Neues. Die Depeschen erstrecken sich auf die Zeit vom 23. Juni bis 17. August d. J. und betreffen hauptsächlich die Verhandlungen über die Konferenz in Konstantinopel und die Aufforderung an die Pforte, Truppen nach Egypten zu senden. Gleichzeitig konstatiren sie die ungemene Vorsicht, welche Fürst Bismarck in Behandlung der ägyptischen Angelegenheit seit her beobachtet hat, was ja ohnehin allgemein bekannt ist. Außerdem hat man von London aus der ägyptischen Regierung einen neuen Vorschlag bezüglich der Zusammensetzung der internationalen Schadenersatz-Kommission unterbreitet, demzufolge Frankreich und England, wie auch die übrigen Großmächte, je einen Vertreter zu derselben ernennen sollen. Auch die Vereinigten Staaten und Griechenland sollen je einen Vertreter senden, während die kleineren Staaten eine kollektive Vertretung erhielten. Nur Egypten allein solle zwei

Vertreter stellen und zwar den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Kommission.

In Serbien bildete natürlich der Nordversuch auf König Milan das Tagesgespräch. Ueber die Motive des Attentates werden verschiedene Gerüchte laut. Einmal heißt es, die Wittve Markovich habe beim ersten Versuche gestanden, die That aus persönlichen Gründen begangen zu haben; dann wieder heißt es, die Frau habe in einem Anfälle von Geistesgestörtheit das Attentat unternommen; eine dritte Version will endlich wissen, daß die Markovich eine Agentin der revolutionären großserbischen Partei sei, welche darauf hinarbeite, König Milan um jeden Preis zu beseitigen. Die eingeleitete Untersuchung hat noch keine dieser im Umlauf befindlichen Gerüchte bestätigt, doch ist es nicht unmöglich, daß auch politische Motive unter den Ursachen des Attentates auf den serbischen Herrscher eine Rolle spielen.

In den russischen Ostseeprovinzen herrschen recht schlimme Zustände. Wenn nicht rasche und gründliche Abhilfe erfolgt, wird sich nach Ansicht der „Rundschau“ dort eine Brutstätte der Unbotmäßigkeit und Gewaltthätigkeit herausbilden, die für die Ruhe und Sicherheit des Staates die größten Gefahren bringen dürfte. Die Brandstiftungen auf deutschen Landgütern häufen sich in erschreckendem Maße und daneben nimmt die Wühlerei gegen die Deutschen ununterbrochen ihren Fortgang. Bemerkenswerth insbesondere ist folgender Vorgang in Kurland. Auf dem Gute Schloedenbeck brannten gleichzeitig sämtliche Getreidescheunen, einen Geldwerth von 10 000 Rubel repräsentirend, nieder und Tags darauf erhielt der Eigenthümer dieses Gutes, der Kreismarschall Baron Recke, einen „wir Letten“ unterschriebenen Brief, in welchem ihm erklärt wurde, daß es so lange bei ihm brennen werde, bis er ein ganz armer Mann geworden sei. Das nackte Leben werde man ihm lassen, bis die Zeit gekommen sei — sie käme aber bald — da die Letten die verfluchten Eindringlinge, die Deutschen, niedermeßeln und das lettische Land von seinen Räubern befreien würden. Das ist einmal deutlich gesprochen, und dabei ist Baron Recke stets ein liberaler Wohlthäter seiner Bauern gewesen. — Wie man aus Petersburg meldet, schreiten die Arbeiten der russisch-chinesischen Grenzregulirungskommission nur langsam vorwärts. Bis jetzt ist es erst gelungen, die Grenzlinie auf der Strecke zwischen dem Flusse Denez und dem Engpasse von Maronipolje in definitiver Weise zu bestimmen. Die Ursache der Verzögerung liegt in dem Widerstreben einiger Nomadenstämme gegen die russische Herrschaft. Wie man glaubt, dürfte der Gouverneur von Semiretschensk die Weisung von Petersburg erhalten, die Ausweisung der renitenten Nomaden ohne Weiteres zu veranlassen.

Die blühende Hauptstadt der spanischen Philippinen-Inseln, Manila, ist am Anfange der abgelaufenen Woche von einem furchtbaren Typhon (Wirbelsturm) heimgesucht worden. Der Sturm verheerte einen großen Theil der Stadt und richtete auch im Hafen große Verwüstungen an, wodurch viele Schiffe theils zertrümmert wurden oder starke Beschädigungen erhielten, darunter auch mehrere deutsche Schiffe.

Die Entwicklung, welche in Egypten der Prozeß gegen Arabi zu nehmen beginnt, zeigt wieder einmal, daß trotz vorgeblicher Humanitätsrückichten die Engländer nur auf ihr eigenes Interesse bedacht sind. Es ist nämlich den englischen Agenten ein Hauptcoup geglückt, als sie die geheime Korrespondenz des Angellagen in ihre Hände brachten. Es sind Briefe beschlagnahmt worden, die aus der unmittelbaren Umgebung des Sultans herrühren und von recht kompromittirendem Inhalt sein müssen, da alsbald das Gerücht in die Welt gesetzt wurde, als habe der Sultan die Niedererschlagung des ganzen Prozeßverfahrens verlangt. Die oft genug gehörte Behauptung, daß die Pforte in Egypten ein Doppelspiel treibe und sich Arabi's als Werkzeug bediene, erhält auf Grund der neuesten Depeschen aus Kairo einen pikanten Kommentar. Wie es demnach um den Charakter der augenblicklichen englisch-türkischen Beziehungen bestellt ist, braucht wohl nicht des Näheren dargelegt zu werden.